Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1215

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am Dienstag, dem 13. Dezember 1966 81. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Dezember 1966

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Was hat die Bundesregierung getan, um den sieben in Saudi-Arabien seit neun Monaten festgehaltenen deutschen Ingenieuren und Technikern die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen?

I. 2. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Wie weit sind die Verhandlungen der Bundesregierung mit Frankreich gediehen, die den in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen eine neue Rechtsgrundlage schaffen sollen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. **Abgeordneter Dr. Rinderspacher**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Innenministerien der Länder darauf hinzuwirken, die gebührenpflichtigen Verwarnungen von den Polizeibeamten künftig mit Zahlkarten auszusprechen, um dem Bürger das Unbehagen zu nehmen, in aller Öffentlichkeit die Geldbörse zücken und zahlen zu müssen?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Zahlkartensystem, das vor kurzem auch der Polizeidirektor von Südbaden als zeit- und kostensparend befürwortete, ab 1. Januar 1967 in Schweden praktiziert wird?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

III. 1. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Nachdem für die Abwicklung von Prozessen bzw. Vergleichen 700 000 DM im Rahmen des Einzelplans 10 — die Einfuhr- und Vorratsstelle Fette betreffend — bereitgestellt worden sind, wird die Bundesregierung um Auskunft darüber gebeten, welche Firmen welche Beträge gefordert und welche Summen mit den einzelnen Firmen zwecks Auszahlung vereinbart worden sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

III. 2. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Wann gedenkt die Bundesregierung zur Abwendung der Rechtsunsicherheit auf dem Futtermittelsektor den Gesetzentwurf zur Änderung futtermittelrechtlicher Vorschriften (Vorschaltgesetz) dem Bundestag vorzulegen, damit die größten Unebenheiten und Wettbewerbsschwierigkeiten, die sich zum Nachteil der deutschen Landwirtschaft auszuwirken drohen, noch vor dem 1. Juni 1967 beseitigt werden können?

III. 3. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Wann gedenkt die Bundesregierung den Entwurf für ein neues Futtermittelgesetz vorzulegen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Kubitza**

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entschließung der 33. Vollversammlung des Deutschen Jugendringes zur Frage der Errichtung einer Zentralstelle für internationale Jugendarbeit?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordneter Kahn-Ackermann

Trifft es zu, daß die Bundesregierung für ihr Historisches Institut in Paris einen Neubau zu errichten beabsichtigt?

VI. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

VI. 1. Abgeordneter **Zebisch**

Wann gedenkt der Bundesschatzminister Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Luitpoldhütte Amberg (Oberpf) einzuleiten?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

VI.	2. Abgeordneter **Zebisch**	Treffen Meldungen zu, wonach in der jetzigen gesamtwirtschaftlichen Situation der Luitpoldhütte mit Massenentlassungen und Kurzarbeit zu rechnen sei?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
VI.	3. Abgeordneter **Zebisch**	Welche Absprachen zur Hilfe für die Luitpoldhütte sind mit dem Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr bereits getroffen worden?	

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VII.	1. Abgeordneter **Geiger**	Hält die Bundesregierung Verhandlungen mit der spanischen Regierung für möglich, um von dieser die Anerkennung von Ehen zu erreichen, die spanische Gastarbeiter in der Bundesrepublik nach deutschem Standesrecht und z. B. nach evangelischem Kirchenrecht vollziehen lassen?
VII.	2. Abgeordneter **Geiger**	Was sagt die Bundesregierung dazu, daß deutsche Standesämter Kindern aus spanisch-deutschen Ehen, die nicht nach spanischem, sondern nach deutschem Recht geschlossen wurden, den Familiennamen nicht in die Standesbücher eintragen, also die Ehelichkeit nicht anerkennen können?
VII.	3. Abgeordneter **Geiger**	Ist es nach dem Gleichheitsgrundsatz zulässig, daß in den in Frage VII/2 genannten Fällen Behörden empfehlen, eine katholische Trauung nachzuvollziehen, obwohl die Ehe schon vor einem protestantischen Geistlichen vollzogen wurde?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII.	1. Abgeordneter **Reichmann**	Ist es zutreffend, daß Schwerkriegsbeschädigte bei der Antragstellung auf Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer bei den Finanzämtern die Art der Körperbehinderung angeben müssen?
VIII.	2. Abgeordneter **Reichmann**	Weshalb genügt bei der in Frage VIII/1 erwähnten Antragstellung die Vorlage des amtlichen Schwerbeschädigtenausweises und die Angabe des Rentenbescheids nicht?
VIII.	3. Abgeordneter **Reichmann**	Wird nach Auffassung der Bundesregierung durch die Forderung der zusätzlichen ausdrücklichen Angabe der Körperbehinderung bei einer in Frage VIII/1 erwähnten Antragstellung die persönliche Intimsphäre gewahrt oder gefährdet?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Apel**

Entspricht es den Tatsachen, daß von den Fuhrunternehmen der Bundesrepublik bei Fahrten durch die SBZ von und nach Berlin für die gesamte Strecke, auch für die zurückgelegten Kilometer in der SBZ, die westdeutsche Beförderungsteuer in voller Höhe gezahlt werden muß?

VIII. 5. Abgeordneter **Dr. Apel**

Bei Bejahung der Frage VIII/4, ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß diese steuerliche Belastung für Fahrkilometer in der SBZ dann nicht mehr gerechtfertigt ist, wenn die Bundesregierung die von der SBZ erhobenen Straßenbenutzungsgebühren an westdeutsche Fuhrunternehmen nicht mehr erstatten wird?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist dem Bundesverteidigungsministerium bekannt, daß in einigen Kommunalparlamenten und nun auch im Bayerischen Landtag aktive Angehörige der Bundeswehr als NPD-Abgeordnete wirken, obwohl die NPD nach den Erklärungen ihrer Führer den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die Bildung einer eigenen Armee mit ausschließlich deutschem Oberbefehl fordert?

IX. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung den von der Mehrzahl der Ausbildungsoffiziere und -unteroffiziere wie auch von den meisten Wehrpflichtigen vertretenen Standpunkt, daß bei intensiverer Dienstplangestaltung und Dienstzeitregelung das für die 18 Monate dienenden Wehrpflichtigen gesteckte Ausbildungsziel auch bei einer 12-monatigen Wehrpflicht erreicht werden kann, ohne daß dabei der gesamte Ausbildungsstand der Bundeswehr leiden bzw. ihr Verteidigungsauftrag im Rahmen der NATO erschwert würde?

IX. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, nach entsprechender Überprüfung der in Frage IX/2 erwähnten Möglichkeiten für eine Herabsetzung der Wehrdienstpflicht in Gespräche mit unseren NATO-Partnern einzutreten, die eine Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate zum Ziel haben?

IX. 4. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche haushaltsmäßigen Auswirkungen würde eine Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate unter Erreichung des gleichen Ausbildungszieles und Erfüllung des Verteidigungsauftrages haben?

IX.	5. Abgeordneter **Hilbert**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei motorisierten Einheiten der Bundeswehr in der Regel nur 60% der Motorfahrzeuge einsatzfähig sind, weil anfallende Reparaturen von sogenannten Vertragswerkstätten als Füllarbeit angesehen und behandelt werden, und die Fahrzeuge vielfach monatelang in diesen Werkstätten liegen, obwohl bei der Truppe voll handwerksmäßig ausgebildete Soldaten diese Reparaturen in kürzester Zeit ausführen könnten, wenn der Truppe eine Werkstätte und Ersatzteillager zur Verfügung stehen würden?
IX.	6. Abgeordneter **Hilbert**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß einem Regiment mit einem Sollbestand an Kraftfahrzeugen von 600 Stück aus den in Frage IX/5 angeführten Gründen laufend nur 350 Fahrzeuge einsatzbereit zur Verfügung stehen, trotzdem im abgelaufenen Jahr ein Anfall von Reparaturkosten für Kraftfahrzeuge in Höhe von über 600 000 DM hatte?
IX.	7. Abgeordneter **Hilbert**	Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob vollmotorisierten Einheiten der Bundeswehr gut ausgerüstete Werkstätten mit Ersatzteillager zur Vermeidung der in Fragen IX/5 und IX/6 geschilderten Mißstände zur Verfügung gestellt werden sollten?
IX	8. Abgeordneter **Ertl**	Welche Gesichtspunkte waren für die Auswahl des Kreuzlinger Forstes als Standort für ein Bundeswehrlazarett maßgebend, obwohl sich in unmittelbarer Nähe eines der größten Treibstofflager der Bundesrepublik und die Dornier-Flugzeugwerke befinden?
IX.	9. Abgeordneter **Ertl**	Ist die Bundesregierung bereit, auf die Einsprüche der örtlichen Behörden wegen der in Frage IX/8 erwähnten Tatsachen Rücksicht zu nehmen und damit auch zu respektieren, daß das Gebiet unter Landschaftsschutz steht?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X.	1. Abgeordneter **Meister**	Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um die unhaltbare Verkehrssituation am Bahnübergang in der Gemeinde Ispringen im Landkreis Pforzheim baldmöglichst verkehrsgerecht zu beheben?
X.	2. Abgeordneter **Meister**	Ist die Bundesregierung bereit, nicht nur auf die Deutsche Bundesbahn, sondern auch auf die Landesregierung von Baden-Württemberg als Träger der Straßenbaulast dem Sinne der Frage X/1 entsprechend einzuwirken?

X. 3. Abgeordneter **Ramms**

Wie weit sind die Vorstellungen der Bundesregierung über eine Verringerung der Zahl der Bundesbahndirektionen gediehen?

X. 4. Abgeordneter **Jung**

Wie weit hat nach Ansicht der Bundesregierung die Rücksicht zu gehen, die ein Kraftfahrer auf den Straßenbahnschienen in den Städten auf eine ihm folgende Straßenbahn nehmen muß?

X. 5. Abgeordneter **Jung**

Dürfen sich Linksabbieger vor Ampeln bei Rot auf dem Straßenbahngleis aufstellen?

X. 6. Abgeordneter **Jung**

Ist die Bundesregierung bereit, die Kraftfahrer mehr als bisher über strittige Fragen der Strassenverkehrs-Ordnung aufzuklären, damit Schäden, Ärger und gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden?

X. 7. Abgeordneter **Rehs**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Fortführung der Planung, Vorbereitung und Fertigstellung der Autobahn Flensburg—Hamburg?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

XI. 1. Abgeordneter **Baier**

Sind dem Bundeswohnungsbauminister die Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Schornstein vom 15. Oktober 1966 in einer öffentlichen Kundgebung in Berlin bekannt, wo er u. a. wörtlich erklärte:

> „Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, um vor Ihnen, meine lieben Siedlerfreunde, im Namen meines Herrn Ministers nochmals ein Bekenntnis zum Gedanken der Kleinsiedlung abzugeben, indem ich erkläre, daß der Kleinsiedlung auch in unserer heutigen Zeit eine unverändert hohe Bedeutung zukommt,"

und die Veröffentlichung im Oktoberheft des Bundesbaublattes, dessen Herausgeber das Bundeswohnungsbauministerium ist, unter der Überschrift „Kleinsiedlung nicht mehr gefragt", worin es heißt:

> „Die Kleinsiedlung ist im Zeichen des ständig zunehmenden allgemeinen Wohlstandes weitgehend überlebt und deshalb — auch im Rahmen des Wohnungsbaues — fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken."?

XI.	2. Abgeordneter **Baier**	Welche einheitliche und offizielle Auffassung zur Frage der Bedeutung der Kleinsiedlung hat das Bundeswohnungsbauministerium nunmehr?
XI.	3. Abgeordnete **Frau Griesinger**	Beabsichtigt die Bundesregierung, die in der vergangenen Legislaturperiode im Ressort des Bundeswohnungsbauministers eingerichtete Arbeitsgruppe „Spiel- und Freizeitanlagen" wieder einzusetzen und die Anregung der Arbeitsgruppe aufzunehmen, vorbildliche Anlagen im Rahmen des Demonstrativprogramms zu fördern?
XI.	4. Abgeordnete **Frau Griesinger**	Wird die Bundesregierung den Vorschlag der Arbeitsgruppe „Spiel- und Freizeitanlagen" verwirklichen und einen internationalen Wettbewerb für ein Freizeitzentrum, das auf der Bundesgartenschau 1969 errichtet werden soll, finanzieren?
XI.	5. Abgeordnete **Frau Griesinger**	Ist die Bundesregierung, da ausländische Luftschutzbauten zum Teil neuerdings so geplant werden, daß eine Nutzung des Freizeitzentrums erfolgen kann, bereit zu prüfen, ob nicht eine ähnliche Baudurchführung auch in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen könnte?

Bonn, den 8. Dezember 1966